

5. Weiterbildungen für den Umgang mit LGBTI-feindlichen Aggressionen

Antrag des Regierungsrates vom 3. November 2022 zum Postulat KR-Nr. 151/2019 und geänderter Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 28. September 2022

Vorlage 5770a

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Präsident der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK): Die Kommission für Staat und Gemeinden beantragt Ihnen mit 8 zu 7 Stimmen, das Postulat betreffend Weiterbildungen für den Umgang mit LGBTI-feindlichen Aggressionen nicht als erledigt abzuschreiben. Stattdessen soll der Regierungsrat beauftragt werden, innert sechs Monaten einen Ergänzungsbericht zu erstellen. In diesem soll er Massnahmen im Weiterbildungsreich aufzeigen.

Wie Sie dem Bericht der Regierung entnehmen können, wurden im Kanton Zürich verschiedene Massnahmen ergriffen, um das angesprochene Kantonspersonal im Umgang mit LGBTI-Menschen zu sensibilisieren. Im Rahmen ihrer Vorbereitung respektive Vorberatung hat sich die STGK hierzu vertieft durch die Finanzdirektion informieren lassen. Dabei hat sie zur Kenntnis genommen, dass der Umgang mit Diversität ein Bestandteil verschiedener Berufsausbildungen oder auch Führungsausbildungen ist. So wird beispielsweise in der Polizeiausbildung darauf aufmerksam gemacht, vor welchen Herausforderungen LGBTI-Menschen stehen. Ebenso wurde die Kommission ausdrücklich auf die im Bericht erwähnte Vereinigung PinkCop (*Verein für LGBTQIA+-Angehörige bei der Polizei und bei Strafverfolgungsbehörden*) aufmerksam gemacht.

Nach Anhörung der Postulantin führte die STGK eine intensive Diskussion darüber, ob die präsentierten Massnahmen tatsächlich genügen. Die präsentierten Massnahmen greifen nach Ansicht der Kommissionsmehrheit eher zu kurz. Zudem scheinen keine Sensibilisierungsangebote für weitere Mitarbeitende der Strafverfolgungsbehörden, insbesondere in der Justizdirektion respektive den Gerichten, aber auch der allgemeinen Verwaltung der Direktion zu bestehen. Und in diesem Sinne darf ich Ihnen den Antrag stellen, im Sinne der knappen Kommissionsmehrheit den Ergänzungsbericht zu verlangen. Besten Dank.

Nicola Yuste (SP, Zürich): Wir müssen bei der Abschreibung eines Postulats darüber entscheiden, ob der Bericht die Anforderungen des Postulats erfüllt. Aufgrund zahlreicher Lücken können wir hier sicher nicht zu diesem Schluss kommen. Um Beamte für den Umgang mit LGBTI-feindlichen Aggressionen zu schulen, fordern die Postulantinnen Grundausbildungen und Weiterbildungen, erstens, für die Polizei, zweitens, für die Gerichtbarkeit sowie, drittens, für die Verwaltung.

Was kann die Regierung vorweisen? Eine einmalige Doppellektion in der Polzeischule und einen Diversitätskurs im Weiterbildungsangebot. Die Regierung sieht darüber hinaus keinen Handlungsbedarf.

Die SP kann dieses Fazit nicht nachvollziehen, reichen doch die genannten Massnahmen bei weitem nicht aus. Nach Anhörung der Fachorganisationen sehen wir vor allem in drei Bereichen grossen Handlungsbedarf und fordern einen konkreten Massnahmenplan in einem Ergänzungsbericht:

Erstens: Für eine nachhaltige und wirksame Sensibilisierung des Polizeikorps braucht es mindestens eine regelmässige Weiterbildung, zum Beispiel nach dem Vorbild der Kantonspolizei Bern. Zweitens: Für die Mitarbeitenden der Verwaltung mit Kontakt zur Bevölkerung fehlt eine verpflichtende spezifische Schulung. Und drittens: Für weitere Mitarbeitende der Strafverfolgungsbehörden, zum Beispiel der Gerichte, der Staatsanwaltschaft und der Ombudsstellen, fehlt jegliches Sensibilisierungsangebot, obwohl sie, genauso wie die Polizei, für die Vertrauensbildung der LGBTI-Community extrem wichtig wären. Und diese Vertrauensbildung ist zentral, denn wir wissen, dass nur die wenigsten Hate Crimes an LGBTI-Personen angezeigt werden und damit ein Grossteil dieser Hassdelikte ohne Konsequenzen für die Täterschaft bleibt. Aus Angst vor Spott, Unverständnis oder Diskriminierung meiden die meisten Betroffenen den Behördengang. Deshalb sind sensibilisierte, geschulte und vertrauensvolle Ansprechpersonen in den Behörden so überaus wichtig. Zur Erinnerung: Wir sprechen hier von Gewalttaten, die Menschen grundlos, zum Teil ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Fabian Müller (FDP, Rüschlikon): Wir erachten die Forderung des Postulates als erfüllt und empfehlen Ihnen, dieses als erledigt abzuschreiben. Sowohl im Bericht wie in den Beratungen kam klar heraus, dass den hier vorgebrachten Anliegen in den letzten Jahren so viel Aufmerksamkeit zugekommen ist wie nie zuvor. Diversity und Nichtdiskriminierung werden in den Korps und auf allen Ebenen der Verwaltung gelebt und eingefordert, und das Weiterbildungsportfolio wird ständig den sich verändernden Bedürfnissen angepasst. Das ist gut so und wurde auch breit anerkannt.

Doch der Bericht und die Beratungen hätten vermutlich hervorbringen können, was sie wollten, die linke Ratshälfte hat es immer darauf angelegt, das Haar in der Suppe zu finden und einen Ergänzungsbericht – und später wohl einen Ergänzungsbericht zum Ergänzungsbericht und, wenn es dann so weit ist, den Ergänzungsbericht zum Ergänzungsbericht zum Ergänzungsbericht – einzufordern, um das Thema weiter zu bewirtschaften und die eigene Wokeness immer wieder aufs Neue unter Beweis stellen zu können. Selbstbestimmung, Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung sind auch uns sehr wichtig, doch das Gras wächst auch mit sogenannten verbindlichen Weiterbildungsinhalten nicht schneller, schon gar nicht dort, wo die Anliegen der Communities, um die es hier geht, bereits ganz klar auf dem Radar sind. Es braucht keinen Mahnfinger von Papa Kantonsrat, wohl aber eine angemessene Sensibilisierung. Wir empfehlen Ihnen – wie auch die Regierung – das Postulat abzuschreiben.

Karin Joss (GLP, Dällikon): Aggressionen gegen bestimmte Personengruppen sind leider an der Tagesordnung. LGBTI-Menschen sind oft betroffen, übrigens nicht nur sie. Ihr Schutz vor verbaler und anderer Gewalt ist eine Aufgabe des

Staates. Die Notwendigkeit, dass wir uns mit den Aggressionen gegenüber diesen Menschen beschäftigen, ist durch die Arbeit von Fachorganisationen statistisch und glaubwürdig belegt. Und wenn wir alle mit offenen Augen durchs Leben gehen, machen auch wir immer wieder entsprechende Beobachtungen. Wenn Privatpersonen oder besonders kantonales Personal nicht handeln, so kann das verschiedene Gründe haben: Aggressionen nicht erkennen oder nicht ernstnehmen, Unangenehmes ignorieren oder eine Überforderung mit der Situation. Bei einem Diebstahl oder einer Schlägerei kann die Situation möglicherweise klarer und in Bezug auf Erkennen und Handeln einfacher sein. Wir sehen den Hebel besonders bei der Ausbildung für Polizei und Justiz. Es braucht Sensibilisierung und Standards für das Handeln, und sie müssen gefestigt werden.

Der Regierungsrat hat uns das aktuelle Ausbildungsangebot für das Personal aufgezeigt. Es gibt Ausbildungen, doch teilweise begnügt man sich mit einer einmaligen Kurzschulung ohne spätere Vertiefung. Das ist zu wenig und es ist nicht nachhaltig. Der Bericht des Regierungsrates kommt insgesamt etwas flau daher. Der Vertreter des Personalamts hingegen hat bei der Anhörung in der Kommission überzeugend gute Lösungsansätze präsentiert, warum nicht gleich im Bericht?

Auch wir möchten, dass ein Ergänzungsbericht aufzeigt, wie die Lücken geschlossen werden sollen. Hier ist der Arbeitsaufwand für den Ergänzungsbericht gerechtfertigt, denn er wird gleichzeitig auch ein umsetzbares Konzept vorantreiben. Die GLP stimmt dem Mehrheitsantrag der STGK zu und verlangt den ergänzenden Bericht.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Der Bericht, den die Regierung hier vorgelegt hat, ist mangelhaft und entspricht nicht unseren Erwartungen. Die Regierung hat vielleicht nicht oder zu wenig realisiert, dass auch in ihrem Einflussbereich LGBTI-Personen diskriminiert werden. Die erwähnten Vorhaben und Massnahmen sind zu mager. Die mangelnde Motivation, wirksame Schritte gegen die Diskriminierung zu unternehmen, ist bedauerlich. Diskriminierung in der eigenen Organisation oder bei sich selber zu erkennen, ist herausfordernd, und persönliche und gesellschaftliche Veränderungen sind dafür nötig. Unsere Gesellschaft ist daran, die wichtigen Schritte zu unternehmen, und der Kanton Zürich soll sich auch engagieren und «nöd nur es bizzeli dägliche tue», sondern ich wünsche mir, dass der Kanton Zürich eine Vorreiterrolle übernimmt.

Die Grünen fordern einen Zusatzbericht, der sich ernsthaft mit dem Abbau der Diskriminierung auseinandersetzt und eine positive Entwicklung auslöst. Themen, die uns besonders wichtig sind, sind der Ausbau der Sensibilisierungslektionen bei der Polizei, verbindliche Schulungen aller Verwaltungsangestellten, Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden bei den Strafverfolgungsbehörden. Dies gilt aus Gründen der Gewaltentrennung speziell für die Staatsanwaltschaft.

Bitte setzen Sie sich ein gegen die Diskriminierung und für die Gleichstellung von LGBTI-Personen und unterstützen Sie unsere Forderung nach einem Ergänzungsbericht.

Walter Meier (EVP, Uster): Das Postulat fordert: Der Regierungsrat wird gebeten, Grundausbildungen und Weiterbildungen für die Kantons- und Gemeindepolizeien, die Gerichtsbarkeit sowie für die Verwaltung zu schaffen, um diese für den Umgang mit LGBTI-feindlichen Aggressionen zu schulen. Der neue Chef des Personalamts, Martin Lüthy, ist bereit, mit den drei Organisationen Pink Cross (*Dachorganisation der schwulen und bisexuellen Männer in der Schweiz*), LOS (*Lesbenorganisation Schweiz*) und Transgender Network Switzerland zusammenzusitzen und weitere Massnahmen aufzugleisen. Wenn eine solche Bereitschaft vorhanden ist, scheint es uns sinnvoll, dass Herr Lüthy respektive der Regierungsrat auch berichten kann, was er gemacht hat. Ein Ergänzungsbericht drängt sich auf.

Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich): Meine Vorgängerin Laura Huonker (*Altkantonsrätin*) hat dieses Postulat für die AL mit eingereicht, daher versteht es sich von selbst, dass wir zusammen mit SP, Grünen, EVP und GLP den Ergänzungsbericht unterstützen, auch wenn wir nicht in der Kommission sitzen. Inhaltlich stimmen wir mit der Kommissionsmehrheit überein, und meine Vorrednerinnen aus der Kooperationsallianz haben bereits alle wichtigen Punkte erwähnt.

Das Postulat wurde recht schludrig beantwortet und es fehlen Antworten zu gestellten Fragen. Es bleibt sehr diffus, was denn nun konkret im Seminarangebot verändert werden soll. Eines ist sicher: dass die zwei Lektionen in der Ausbildung der Polizeiaspiranten und -aspirantinnen ein kleiner Anfang sind, ebenso der eine Kurs zur Diversität. Mehr ist es aber nicht. Da der neue Chef des Personalamts den grossen Bedarf für weitere Massnahmen anerkennt, ist der Ergänzungsbericht eine Chance, endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Die AL fordert daher eine erhebliche Steigerung der Verbindlichkeit der Weiterbildungen zu diesem Thema und hofft auf einen Massnahmenplan, der zusammen mit den Fachorganisationen erstellt wird. Die AL folgt also der Kommissionsmehrheit. Besten Dank.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil): Wir konnten es bereits hören, Vertreter der kantonalen Verwaltung konnten uns durchaus überzeugend darlegen, wie viel bereits unternommen wurde und was alles noch angedacht ist. Also das Thema ist auf dem guten Weg. Wir können klar noch einen Bericht und einen Ergänzungsbericht verlangen und dieses Thema weiter bewirtschaften, aber verändern tun Sie mit einem Bericht nichts, und das wissen Sie. Also machen Sie eine PI oder eine Motion, wenn Ihnen das Thema wirklich am Herzen liegt. Danke.

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten): Es ist ein Skandal, dass Menschen Gewalt erfahren, weil sie lieben, wen sie lieben, und weil sie sind, wer sie sind, und weil sie sich dafür nicht verstecken wollen. Es ist ein Skandal, dass ein Grossteil der queeren Menschen sich nicht traut, Gewalt zu melden; aus Angst, nicht ernstgenommen zu werden, aus Angst durch die Behörden noch mehr traumatisiert zu

werden, weil die nötige Sensibilität fehlt. Es ist ein Skandal, dass so wenig gemacht wird, um diesen Umstand zu ändern. Der Bericht des Postulats zeigt zwar auf, dass etwas unternommen wird, doch spricht man mit den entsprechenden Dachorganisationen, erkennt man schnell, dass das bei weitem nicht genug ist. Es ist ein Skandal, dass SVP und FDP sich mal wieder vehement verweigern, die Lebensumstände von queeren Personen im Kanton Zürich zu verbessern. Weiterbildung im Umgang mit queerfeindlichen Aggressionen würde das Vertrauen stärken. Es würde dabei helfen, dass Straftaten gemeldet und Täterinnen und Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Es würde helfen, Gerechtigkeit zu schaffen, und vor allem würde es dabei helfen, dass sich queere Menschen ernstgenommen und akzeptiert fühlen. Es wäre ein kleiner Schritt, der niemandem weh tut, aber viel bewirken könnte. Liebe SVP und FDP, mit eurer rückwärtsgewandten Politik, mit eurer Verweigerung macht ihr euch mitschuldig, indem ihr wegschaut, dass 2023 Menschen noch immer aufgrund ihrer Sexualität und ihre Geschlechtsidentität angegriffen, diskriminiert und bedroht werden. Aufgrund eurer Bagatellisierung macht ihr euch mitschuldig, dass Straftaten nicht gemeldet und geahndet werden können. Also liebe SVP und FDP, kommt bitte in der Gegenwart an, hört auf, wegzuschauen. Besten Dank.

Regierungspräsident Ernst Stocker: Also ich bin erstaunt, was jetzt in dieses Postulat und in diesen Ergänzungsbericht hineingepackt wird. Ich möchte hier einfach festhalten: Ich hatte noch nie eine Klage auf meinem Tisch oder ein Mail oder einen Brief von Leuten, die bei einem Behördengang diskriminiert wurden, und das wurde hier in diesem Saal jetzt gesagt. Ich möchte da schon die Kirche wieder etwas ins Dorf stellen. Was jetzt alles in dieses Postulat hineingepackt wird: Wenn man nicht für diesen Ergänzungsbericht ist, ist man für Diskriminierung im Kanton Zürich. Meine Damen und Herren, seien wir ehrlich, das geht zu weit.

Selbstverständlich kann es manchmal zu Vorfällen kommen, die nicht in Ordnung sind, und hier machen wir unsere Schulungen und werden dies auch weiterhin machen. Der Chef des Personalamtes hat gesagt, dass man sensibilisiert ist. Aber ich möchte doch festhalten: Dass man mit dem Ergänzungsbericht in sechs Monaten das Problem lösen kann, wo Sie eines sehen – ich glaube ja, es ist keines da –, das bezweifle ich. Aber ich weiss, die Mehrheit will diesen Ergänzungsbericht. Ich denke, wir sind gut unterwegs im Kanton Zürich, aber mit einem Ergänzungsbericht und zwei, drei «Kürsli» kann man dieses Problem nicht lösen, wenn es vorhanden ist. Beim Behördengang, muss ich Ihnen sagen, bin ich dezidiert der Meinung, dass das Problem nicht vorhanden ist. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wir stimmen ab, denn Fabian Müller hat vorhin den Antrag gestellt, ohne Ergänzungsbericht abzuschreiben.

Nicola Yuste (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte nur ganz kurz noch eine Replik machen zur Kirche im Dorf: Wir sind auch sehr dafür, dass die

Kirche im Dorf bleibt, und nichts anderes haben wir vor. Wir alle oder die Mehrheit der Kommission ist im Zuge der Beratungen zum Schluss gekommen: Es besteht Handlungsbedarf. Auch seitens Verwaltung wurde dies anerkannt. Das Einzige, was wir wollen, ist, dass diese vielen Pläne, die Sie haben, schriftlich in einem Ergänzungsbericht festgehalten werden, damit wir seitens Politik unserer Verantwortung nachkommen können und eine gewisse Verbindlichkeit besteht; nicht mehr und nicht weniger und es wurden auch keine Anschuldigungen an die Verwaltung gemacht. Vielen Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Gut, wir kommen jetzt wirklich zur Abstimmung. Fabian Müller hat vorhin den Antrag gestellt, ohne Ergänzungsbericht abzuschreiben.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Antrag von Fabian Müller gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 85 : 79 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag von Fabian Müller zuzustimmen und das Postulat KR-Nr. 151/2019 ohne Ergänzungsbericht abzuschreiben.

Das Geschäft ist erledigt.